

Den Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland stärken

BDI Studie: Klimapfade für Deutschland

Die Studie des BDI [4] wurde bereits von „Ruhrkultour“ rezensiert: Ruhrkultour: [1] Richtungswechsel des BDI: „Zum Wohle des Klimaschutzes“ Anbei Auszüge daraus und der Hinweis, die Rezension bei „ruhrkultour“ doch in der vollständigen Fassung zu lesen.

Ruhrkultour: [1] “BDI will Energiewende vorantreiben. Gemeinsam mit der Politik und allen gesellschaftlichen Akteuren setzt sich der Bundesverband der Deutschen Industrie für ein Gelingen der Energiewende und die Erreichung der Klimaziele ein”. Mit diesen Worten bekannt sich der BDI zur Klimapolitik. Der Kreis der Klima-NGOs hat sich somit offiziell um ein bedeutendes Netzwerk-Mitglied vergrößert. Der Industrieverband erklärt:

“Mit der Energiewende hat Deutschland ein ausgesprochen ambitioniertes Projekt auf den Weg gebracht, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Energieversorgung zum Wohle des Klimaschutzes weitgehend umzubauen. Die deutsche Industrie unterstützt und begrüßt dieses Projekt und will mit ihrem Fachwissen und ihrer Innovationskraft entscheidend dazu beitragen, dass die Energiewende gelingt. “

Der BDI verpflichtet sich dem “Wohle des Klimaschutzes”, nicht dem des Volkes. Er hat damit den Kern der Großen Transformation formuliert, die nicht die Menschen in den Mittelpunkt staatlichen Handelns stellt, sondern den Klimaschutz. Die Gesellschaft hat die Anforderungen zu erfüllen, die von der Regierung zum Schutz des Klimas für notwendig erachtet werden. Dies ist kein Horrorszenario für eine aufkeimende Diktatur, sondern im Hauptgutachten des WBGU manifestiert. Der Klimaschutz wird von der Bundesregierung als Staatsziel definiert. Die Bedeutung des Staatsziels wird von den Autoren des Gutachtens erklärt: Dem Staatsziel Klimaschutz haben sich alle Bereiche der Gesellschaft unterzuordnen. Legislative, Exekutive und Judikative werden zum Handeln und zur Konkretisierung des Staatsziels Klimaschutz verpflichtet. Die Vorteile, die sich für einen Teil der Industrie, insbesondere der Großindustrie aus der Großen Transformation ergeben, liegen auf der Hand. Sie sind so offensichtlich, dass die Grünen das Zögern der Großkonzerne und Energiekonzerne, auf den Klimaschutz-Zug aufzuspringen, nicht begreifen konnten. So schrieb Jürgen Trittin 2013 als Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen an den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags e. V. (DIHK) bezüglich der von den Grünen “angestrebten ökologischen Transformation der Wirtschaft”: “Insgesamt profitieren die Unternehmen von unseren grünen Reformkonzepten.”

Der Kniefall vor der Klimaschutz-Ideologie

Ruhrkultour: [1] ... Die “ökologische Transformation der Wirtschaft” ist kein isoliertes Reformkonzept für die Wirtschaft, sondern ein

Gesellschaftskonzept, in dessen Mittelpunkt der Klimaschutz steht. Der Klimaschutz hat sich als ein geeignetes Vehikel erwiesen, Menschen um die Idee einer Transformation der Gesellschaft und deren Propagandisten zu scharen, die ihnen ein besseres Leben verheißen. Klimaschutz gilt als vernünftig, weltanschaulich neutral, menschenfreundlich und zukunftsfähig. Wäre es so, wie die Propagandisten der Hypothese vom menschengemachten Klimawandel glauben machen wollen, brauchten sie öffentliche Diskussionen über den Klimaschutz nicht zu fürchten. Aber sie fürchten sich. Zu Recht.

Bezahlen soll es natürlich der Bürger

Ruhrkultour: [1] ... Für den Unterhalt der neuen sozialen Schicht und für die Mehrkosten, die durch die Große Transformation entstehen, einschließlich der Kontrollorgane, kommt die Bevölkerung auf. Sie unterhält somit ein parasitäres Element, das von sich behauptet, es könne die Welt retten, den Beweis aber schuldig bleibt.

Der BDI wird versuchen, seine Mitglieder schadlos zu halten. Er fordert im Gegenzug für sein Bekenntnis zum Klimaschutz die Befreiung von den Kosten, die sich aus den energie- und klimapolitischen Instrumenten ergeben (Emissionshandel, EEG-Umlage, KWK-Umlage, Stromsteuer, Energiesteuer) und den "extrem bürokratischen Belastungen". **Er sagt nicht Nein zu dem preistreibenden Klimaschutz-Wahn, sondern beklagt sich, dass notwendige Entlastungen bislang häufig nur als "Ausnahme von der Regel" formuliert worden seien.** Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, seien diese Entlastungen jedoch dringend notwendig, fordert der BDI. Und fügt samtweich hinzu: "Blieben sie aus, würde dies viele Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen. Die Unternehmen brauchen dauerhafte Rechtssicherheit." Eine Rechtssicherheit kann es unter dem Staatsziel Klimaschutz nicht geben.

Es handelt sich ja nur um zwischen 1,5 ... 6,9 Billionen EUR

Ruhrkultour: [1] ...Der Betrag, der für den Tausch einer sicheren Energieversorgung, inklusive Kernenergie, gegen eine unsichere, hoch spekulative und uneffiziente Energieversorgung (exklusive Kohle und Kernenergie) aufgebracht werden muss, **kann sich der Studie zufolge bis 2050 auf 1,5 Billionen Euro, aber auch auf 2,3 Billionen Euro belaufen.** Rechnet man aufgrund der Erfahrungen, die mit kleineren Großprojekten gemacht wurden, wie zum Beispiel Elbphilharmonie, Stuttgarter Bahnhofsumbau, Berliner Flugplatz, einen systembedingten Aufschlagsfaktor hinzu, **können die zusätzlichen Investitionen Deutschlands für einen angeblichen, nicht einmal nachweisbaren Schutz des Klimas auch leicht 4,6 oder 6,9 Billionen Euro betragen – oder mehr.**

Die Antwort auf die Frage, wer die Kosten und Risiken der Energiewende trägt, ist einfach: Bezahlen werden die Verbraucher und Steuerzahler das "ehrgeizige" Experiment. Sie können Ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen? Macht nichts, dann bezahlen sie eben durch Erfrierung mit ihrem Leben.

Politische Führung befiehlt, wir folgen dir

In den letzten Artikeln des Autors ging es oft darum, wie bedingungslos „Größen“ aus der Politik und Gesellschaft dem CO₂-Dogma anhängen und nicht die Spur einer Hinterfragung erkennbar ist.

Unsere „Intelligenz“ in den Führungsetagen der Industrie macht davon keine Ausnahme.

Mit dem **Ziel**, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen (THG) in Deutschland um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken, hat die Bundesregierung im Einklang mit der Europäischen Union einen ehrgeizigen deutschen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels angekündigt. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung ist ein langfristiges politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Großprojekt von enormer Tragweite.

Vor diesem Hintergrund wurden The Boston Consulting Group (BCG) und die Prognos AG vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) mit der Erarbeitung der vorliegenden Studie beauftragt. Ziel der Studie ist es, volkswirtschaftlich kosteneffiziente **Wege** zur Erreichung der deutschen Emissionsminderungsziele aufzuzeigen. Dabei sollen Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und Industriestruktur grundsätzlich erhalten bleiben und deutschen Exporteuren zusätzliche Chancen am Weltmarkt eröffnet werden. Basis hierfür ist eine umfassende, technologieoffene Analyse technischer und wirtschaftlicher THG-Reduktionsmaßnahmen und -potenziale bis 2050.

Bild 1 „Anlass“ [4] BDI Studie

Wenn es uns nicht den versprochenen Vorteil bringt, lieber absagen

Ein bisschen scheint dieser „Intelligenz in Führungsetagen“ dann doch Angst zu werden. Was, wenn an dieser Selbstzerstörung der bewährten Infrastruktur das Ausland nicht ausreichend mitmacht? Was, wenn sich „... die zusätzlichen Chancen am Weltmarkt ...“ in Luft auflösen sollten?

Ja dann: Bitte die „Weltrettung“ wieder absagen. Ein Geschäfts-Risiko ist das „Retten der Welt vor dem sich schon immer ändernden Klima“ schließlich nicht wert.

SPIEGEL ONLINE [2]: ... Die deutsche Regierung müsse sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass auch andere Staaten ihre Klimapolitik ehrgeizig voranbringen, schreibt der Verband zum Beispiel. Sollte dies nicht möglich sein, müsse auch Deutschland bei den eigenen Klimazielen einen Gang herunterschalten, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie nicht zu gefährden ...

Dafür die Verantwortung übernehmen? Wie kommen Sie auf so etwas?

Bei einem hat die „Intelligenz in den Führungsetagen“ jedoch dazugelernt. So wie Politiker grundsätzlich nicht zur Verantwortung gezogen werden (können), da es keine Parteienhaftung gibt, haben diese „Größen“ erkannt, dass Unkenntnis in höchsten Etagen vor dem Schlimmsten bewahren kann. Inzwischen lässt man sich es deshalb gleich vorab bestätigen.

Während angemessene Maßnahmen zur Sicherstellung der Fehlerfreiheit der in dieser Studie dargestellten Informationen getroffen wurden, geben BCG und Prognos keine Zusicherungen und Gewährleistungen für die Richtigkeit der getroffenen Aussagen und übernehmen keine Haftung für Ungenauigkeiten und Unvollständigkeiten (einschließlich für Informationen über die Realisierung oder Angemessenheit von etwaigen künftigen Prognosen, geschäftlichen Zielen, Schätzungen, Gewinnaussichten oder Renditen). Interessierten Parteien, die diese Studie nutzen, gegenüber wird weder jetzt noch in Zukunft durch BCG, Prognos, ihre Partner, Mitarbeiter oder Vertreter eine ausdrückliche oder implizite Zusicherung oder Gewährleistung gegeben oder eine Verantwortung oder Haftung übernommen. Jegliche Haftung ist hiermit ausdrücklich ausgeschlossen. Die Ergebnisse dieser Studie sollten nicht uneingeschränkt ohne eigene unabhängige Analysen verwendet werden, für welche BCG und Prognos ebenfalls keine Haftung übernehmen.

Bild 2 „Verantwortung“ [4] BDI Studie

Quellen

[1] Ruhrkultour Januar 20, 2018: Richtungswechsel des BDI: “Zum Wohle des Klimaschutzes”

[2] SPIEGEL ONLINE 17.01.2018: Klimaschutz BDI macht Vorschläge für industriefreundliche Energiewende

[3] manager magazin_7.11.2017: Klimaschutz soll Vorrang haben Mehr als 50 Unternehmen fordern raschen Kohleausstieg

[4] BDI Studie: Klimapfade für Deutschland